

Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden

Abgeschlossen in Rom am 10. März 1988

Von der Bundesversammlung genehmigt am 28. September 1992²

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 12. März 1993

In Kraft getreten für die Schweiz am 10. Juni 1993

(Stand am 19. Dezember 2007)

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

als Vertragsparteien des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt³,

in der Erkenntnis, dass die Gründe für die Ausarbeitung des Übereinkommens auch hinsichtlich fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, zutreffen,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen des genannten Übereinkommens,

in Bekräftigung des Grundsatzes, dass für Fragen, die in diesem Protokoll nicht geregelt sind, weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten –

sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

1. Die Artikel 5 und 7 sowie 10 bis 16 des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (im folgenden als «Übereinkommen» bezeichnet) finden mutatis mutandis auch auf die in Artikel 2 dieses Protokolls genannten Straftaten Anwendung, wenn diese auf festen Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, oder gegen solche festen Plattformen begangen werden.

2. In Fällen, in denen dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 Anwendung findet, ist es dennoch anzuwenden, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats als des Staates, in dessen inneren Gewässern oder Küstenmeer sich die feste Plattform befindet, aufgefunden wird.

3. Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet der Ausdruck «feste Plattform» eine künstliche Insel, eine Anlage oder ein Bauwerk, die zum Zweck der Erforschung oder

AS 1993 1923; BBl 1992 II 1561

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der entsprechenden Ausgabe dieser Sammlung.

² Art. 1 Abs. 1 Bst. B des BB vom 28. Sept. 1992 (AS 1993 1909).

³ SR 0.747.71

Ausbeutung von Ressourcen oder zu anderen wirtschaftlichen Zwecken dauerhaft am Meeresboden befestigt sind.

Art. 2

1. Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich
 - a) durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung eine feste Plattform in Besitz nimmt oder die Herrschaft darüber ausübt oder
 - b) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einer festen Plattform verübt, wenn diese Handlung geeignet ist, die Sicherheit dieser Plattform zu gefährden, oder
 - c) eine feste Plattform zerstört oder ihr eine Beschädigung zufügt, die geeignet ist, ihre Sicherheit zu gefährden, oder
 - d) auf eine feste Plattform auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen lässt, die geeignet ist, die feste Plattform zu zerstören oder ihre Sicherheit zu gefährden, oder
 - e) im Zusammenhang mit der Begehung oder der versuchten Begehung einer der unter den Buchstaben a bis d genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet.
2. Eine Straftat begeht auch, wer
 - a) eine der in Absatz 1 genannten Straftaten zu begehen versucht oder
 - b) eine Person zur Begehung einer solchen Straftat anstiftet, sofern die Straftat tatsächlich begangen wird, oder sich sonst an der Begehung einer solchen Straftat beteiligt oder
 - c) droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die Sicherheit der festen Plattform zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

Art. 3

1. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird
 - a) gegen eine feste Plattform, während sie sich auf dem Festlandsockel dieses Staates befindet, oder auf einer solchen festen Plattform oder
 - b) von einem Angehörigen dieses Staates.
2. Ein Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche Straftat auch begründen,
 - a) wenn sie von einem Staatenlosen begangen wird, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder

- b) wenn bei ihrer Begehung ein Angehöriger dieses Staates festgehalten, bedroht, verletzt oder getötet wird oder
 - c) wenn sie mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.
3. Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als «Generalsekretär» bezeichnet). Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.
4. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.
5. Dieses Protokoll schliesst eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Art. 4

Dieses Protokoll lässt die Regeln des Völkerrechts über feste Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, unberührt.

Art. 5

1. Dieses Protokoll liegt am 10. März 1988 in Rom und vom 14. März 1988 bis zum 9. März 1989 am Sitz der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als «Organisation» bezeichnet) für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf. Danach steht es zum Beitritt offen.
2. Die Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken,
- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
 - b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
 - c) indem sie ihm beitreten.
3. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.
4. Nur ein Staat, der das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder der es ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist, kann Vertragspartei dieses Protokolls werden.

Art. 6

1. Dieses Protokoll tritt 90 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem drei Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens in Kraft.

2. Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt 90 Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Art. 7

1. Dieses Protokoll kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach Ablauf eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Protokolls für den betreffenden Staat gekündigt werden.

2. Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.

3. Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Eingang der Kündigungsurkunde beim Generalsekretär wirksam.

4. Eine Kündigung des Übereinkommens durch einen Vertragsstaat gilt als Kündigung dieses Protokolls durch den betreffenden Vertragsstaat.

Art. 8

1. Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

2. Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls zur Revision oder Änderung des Protokolls ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder fünf Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl grösser ist, dies verlangen.

3. Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Protokolls hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Protokoll in seiner geänderten Fassung.

Art. 9

1. Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.

2. Der Generalsekretär

- a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, sowie alle Mitglieder der Organisation über
 - i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt,

- ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls,
 - iii) die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Protokoll sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird,
 - iv) den Eingang jeder Erklärung oder Notifikation nach diesem Protokoll oder dem Übereinkommen, die sich auf dieses Protokoll bezieht;
- b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.
3. Sogleich nach Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt der Depositär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen⁴.

Art. 10

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Rom am 10. März 1988

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 19. Dezember 2007⁵

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten
Afghanistan	23. September 2003 B	22. Dezember 2003
Ägypten*	8. Januar 1993	8. April 1993
Albanien	19. Juni 2002 B	17. September 2002
Äquatorialguinea	14. Januar 2004 B	13. April 2004
Argentinien	26. November 2003	24. Februar 2004
Armenien	8. Juni 2005 B	6. September 2005
Aserbaidzhan	26. Januar 2004 B	25. April 2004
Australien	19. Februar 1993 B	20. Mai 1993
Bahamas	25. Oktober 2005	23. Januar 2006
Bahrain	21. Oktober 2005 B	19. Januar 2006
Bangladesch	9. Juni 2005 B	7. September 2005
Barbados	6. Mai 1994 B	4. August 1994
Belarus	4. Dezember 2002 B	4. März 2003
Belgien	11. April 2005	10. Juli 2005
Bolivien	13. Februar 2002 B	14. Mai 2002
Bosnien und Herzegowina	28. Juli 2003 B	26. Oktober 2003
Botsuana	14. September 2000 B	13. Dezember 2000
Brasilien*	25. Oktober 2005	23. Januar 2006
Brunei	4. Dezember 2003	3. März 2004
Bulgarien	8. Juli 1999	6. Oktober 1999
Burkina Faso	15. Januar 2004 B	14. April 2004
Chile	22. April 1994	21. Juli 1994
China*	20. August 1991	1. März 1992
Costa Rica	25. März 2003	23. Juni 2003
Dänemark*	25. August 1995	23. November 1995
Deutschland	6. November 1990 B	1. März 1992
Dominica	12. Oktober 2004 B	10. Januar 2005
Dschibuti	9. Juni 2004 B	7. September 2004
Ecuador	10. März 2003 B	8. Juni 2003
El Salvador	7. Dezember 2000 B	7. März 2001
Estland	28. Januar 2004 B	27. April 2004
Finnland	28. April 2000 B	27. Juli 2000
Frankreich*	2. Dezember 1991	1. März 1992
Ghana	1. November 2002 B	30. Januar 2003
Grenada	9. Januar 2002 B	9. April 2002
Griechenland	11. Juni 1993	9. September 1993
Guinea	1. Februar 2005 B	2. Mai 2005
Guyana	30. Januar 2003 B	30. April 2003
Honduras	17. Mai 2005 B	15. August 2005
Indien	15. Oktober 1999 B	13. Januar 2000

⁵ Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA <http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/intla/intrea/dbstv.html>.

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten
Irland	10. September 2004 B	9. Dezember 2004
Island	28. Mai 2002 B	26. August 2002
Italien	26. Januar 1990	1. März 1992
Jamaika*	19. August 2005	17. November 2005
Japan	24. April 1998 B	23. Juli 1998
Jemen	30. Juni 2000 B	28. September 2000
Jordanien	2. Juli 2004	30. September 2004
Kanada	18. Juni 1993	16. September 1993
Kap Verde	3. Januar 2003 B	3. April 2003
Kasachstan	24. November 2003 B	24. Februar 2004
Katar	18. September 2003 B	17. Dezember 2003
Kenia	21. Januar 2002 B	21. April 2002
Kiribati	17. November 2005 B	16. Februar 2006
Korea (Süd-)	10. Juni 2003	8. September 2003
Kroatien	18. März 2005 B	16. November 2005
Kuba*	20. November 2001 B	18. Februar 2002
Kuwait	30. Juni 2003 B	28. September 2003
Lettland	4. Dezember 2002 B	4. März 2003
Libanon	16. Dezember 1994 B	16. März 1995
Liberia	5. Oktober 1995	3. Januar 1996
Libyen	8. August 2002 B	6. November 2002
Liechtenstein	8. November 2002 B	6. Februar 2003
Litauen	30. Januar 2003 B	30. April 2003
Mali	29. April 2002 B	28. Juli 2002
Malta	20. November 2001 B	18. Februar 2002
Marokko	8. Januar 2002	8. April 2002
Marshallinseln	16. Oktober 1995 B	14. Januar 1996
Mauritius	3. August 2004 B	1. November 2004
Mazedonien	5. August 2007 B	5. November 2007
Mexiko*	13. Mai 1994 B	11. August 1994
Moldau*	11. Oktober 2005 B	9. Januar 2006
Monaco	25. Januar 2002 B	25. April 2002
Mongolei	22. November 2005 B	20. Februar 2006
Mosambik	8. Januar 2003 B	8. April 2003
Myanmar	19. September 2003 B	18. Dezember 2003
Namibia	7. September 2005 B	6. Dezember 2005
Nauru	11. August 2005 B	9. November 2005
Neuseeland	10. Juni 1999	8. September 1999
Nicaragua	4. Juli 2007 B	2. Oktober 2007
Niederlande*	5. März 1992	3. Juni 1992
Norwegen	18. April 1991	1. März 1992
Oman	24. September 1990 B	1. März 1992
Österreich	28. Dezember 1989 B	1. März 1992
Pakistan	20. September 2000 B	19. Dezember 2000
Palau	4. Dezember 2001 B	4. März 2002

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)		Inkrafttreten	
Panama	3. Juli	2002 B	1. Oktober	2002
Paraguay	12. November	2004 B	10. Februar	2005
Peru	19. Juli	2001 B	17. Oktober	2001
Philippinen	6. Januar	2004	5. April	2004
Polen	25. Juni	1991	1. März	1992
Portugal	5. Januar	1996 B	4. April	1996
Rumänien	2. Juni	1993 B	31. August	1993
Russland	4. Mai	2001	2. August	2001
St. Lucia	20. Mai	2004 B	18. August	2004
St. Vincent und die Grenadinen	9. Oktober	2001 B	7. Januar	2002
Schweden	13. September	1990	1. März	1992
Schweiz	12. März	1993	10. Juni	1993
Senegal	9. August	2004 B	7. November	2004
Serbien	2. März	2005 B	31. Mai	2005
Seychellen	24. Januar	1989	1. März	1992
Slowakei	8. Dezember	2000 B	8. März	2000
Slowenien	18. Juli	2003 B	16. Oktober	2003
Spanien	7. Juli	1989	1. März	1992
Sudan	22. Mai	2000 B	20. August	2000
Südafrika	8. Juli	2005 B	6. Oktober	2005
Swasiland	17. April	2003 B	16. Juli	2003
Syrien	24. März	2003 B	22. März	2003
Tadschikistan	12. August	2005 B	10. November	2005
Togo	10. März	2003 B	8. Juni	2003
Tonga	6. Dezember	2002 B	6. März	2003
Trinidad und Tobago	27. Juli	1989 B	1. März	1992
Tschechische Republik	10. Dezember	2004	10. März	2005
Tunesien	6. März	1998 B	4. Juni	1998
Türkei*	6. März	1998	4. Juni	1998
Turkmenistan	8. Juni	1999 B	6. September	1999
Ukraine	21. April	1994	20. Juli	1994
Ungarn	9. November	1989	1. März	1992
Uruguay	10. August	2001 B	8. November	2001
Usbekistan	25. September	2000 B	24. Dezember	2000
Vanuatu	18. Februar	1999 B	19. Mai	1999
Vereinigte Arabische Emirate*	15. September	2005 B	14. Dezember	2005
Vereinigte Staaten	6. Dezember	1994	6. März	1995
Vereinigtes Königreich*	3. Mai	1991	1. März	1992
Insel Man	8. Februar	1999	7. Mai	1999
Vietnam	12. Juli	2002 B	10. Oktober	2002

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten		
Zypern	2. Februar	2000 B	2. Mai	2000

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht, mit Ausnahme jener der Schweiz. Die englischen Texte können auf der Internet-Seite der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (OMI): <http://www.imo.org/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.
